

Anfragen zum Plenum

in der 28. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Renate Ackermann
(GRU)

Anlässlich der einstimmigen Ablehnung der Planungen des Staatlichen Bauamts in Ansbach durch den Ansbacher Stadtrat, eine zurzeit entstehende US-Siedlung an die B 14 mit einen Verkehrsknoten anzuschließen, der aufgrund seiner Dimension erhebliche Kosten verursacht, die Anwohnerinnen bzw. Anwohner belastet, einen Hotelbetrieb benachteiligt, die Enteignung vieler Bürgerinnen bzw. Bürger erfordert, den Ansbachern Stadtwerken Mehrkosten von 450.000 Euro verursacht und den Flächenverbrauch in Bayern immens steigert, frage ich die Staatsregierung, wie beurteilt sie die von der Stadt Ansbach vorgeschlagene Lösung eines Kreisverkehrs bzw. die Lösung mit durch Ampeln regulierten Kreuzungen oder wird die Staatsregierung auf die US-Streitkräfte einwirken, um eine Lösung zu akzeptieren, die einen Anschluss der Siedlung über die Shipton-Kaserne beinhaltet?

Hubert Aiwanger
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die aus Sicht der Freien Wähler nicht mehr hinnehmbare Situation der Inneren Sicherheit in Landshut mit fast täglichen Körperverletzungsdelikten in Form von Schlägereien und Übergriffen auf Unbeteiligte, vor allem im Innenstadtbereich, und wenn die Staatsregierung die Situation als nicht hinnehmbar betrachtet, welche Maßnahmen sind konkret geplant, um für eine Verbesserung der Sicherheitslage zu sorgen, und was hält die Staatsregierung von einer gezielten Videoüberwachung und einer Verstärkung der Polizeipräsenz an den Kriminalitätsbrennpunkten?

Margarete Bause
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Gruppen bzw. Klassen wurden von den Schulen in den einzelnen Regierungsbezirken hinsichtlich Ganztagsangebote in offener bzw. gebundener Form zu den jeweiligen Stichtagen 2010 beantragt, wie viele dieser Anträge für offene bzw. gebundene Ganztagsangebote in den einzelnen Regierungsbezirken werden jeweils für das kommende Schuljahr 2010/2011 genehmigt werden und wie viele Fälle mussten jeweils aufgrund nicht ausreichender Finanzmittel abgelehnt werden?

Susann Biedefeld (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, in welcher Form, durch wen und mit welchen Kriterien fand die Prüfung der Angebote zum Ankauf von Steuerdaten, die es in Bayern seit Jahresbeginn gab, statt?
Sabine Dittmar (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, ob sie im Rahmen der Fortschreibung des Ausbauplanes für die Staatsstraßen die Dringlichkeit für die Ortsumfahrung (St 2281) der Gemeinde Maßbach heraufzusetzen plant, wenn ja, aus welchen Gründen?
Günther Felbinger (FW)	Ich frage die Staatsregierung, wann erfolgt die Umsetzung der Sanierung bzw. Erweiterung des Beschussamtes Mellrichstadt mit welcher Variante und finanziellem Umfang und in welchem zeitlichen Kontext sind diese geplant?
Karl Freller (CSU)	Ich frage die Staatsregierung, wie laufen die derzeitigen Planungen für den zweiten Auf- und Abgang am Gleis 2 der S-Bahnstation Fischbach voran und wann ist mit einem Ergebnis dieser Planungen zu rechnen?
Thomas Gehring (GRU)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen haben sich in diesem Jahr jeweils für die einzelnen Schularten im Rahmen der Sondermaßnahme bei Bewerbermangel (Quereinstieg) für den Vorbereitungsdienst für das Lehramt beworben, wie viele wurden jeweils ausgewählt und nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl?
Ulrike Gote (GRU)	Nachdem die Staatsregierung Pläne für eine alpine Hochschule in Garmisch-Partenkirchen bestätigt hat, frage ich die Staatsregierung, wie viel Geld sie hierfür in den kommenden Jahren zusätzlich im Einzelplan 15 bereitstellen wird, wie viele Studienplätze dort entstehen sollen und wie die Umwelt- und Klimaforschung an den bereits seit Jahrzehnten auf diesem Forschungs- und Wissenschaftsgebiet profilierten nordbayerischen Hochschulstandorten ausgebaut und gefördert werden wird?
Eva Gottstein (FW)	Ich frage die Staatsregierung, ob an allen weiterführenden Schulen Grundschullehrkräfte als Lotsen für den Übertritt an die jeweilige neue Schulart implementiert sind und falls nicht, wie wird bei fehlenden Lotsen die Kooperation zwischen abgebenden Grundschulen und aufnehmenden Schulen flächendeckend gewährleistet?
Volkmar Halbleib (SPD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Angebote welcher Art zum Ankauf von Steuerdaten gab es in Bayern seit Jahresbeginn und wie viele Angebote wurden mit welcher Begründung angenommen bzw. abgelehnt?
Eike Hallitzky (GRU)	Da nach Art. 78 Abs. 5 BV und Art. 29, 30 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) das alleinige Initiativrecht zur Haushaltsgesetzgebung der Staatsregierung obliegt, nach Art. 78 BV und Art. 28 Abs. 1 BayHO für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs alleine das Staatsministerium der Finanzen verantwortlich ist und zudem nach Art. 5 BV in Bayern der Grundsatz der Gewaltenteilung gilt, frage ich die Staatsregierung bezüglich

der Einsetzung einer von CSU- und FDP-Vertretern der Legislative gebildeten „Arbeitsgruppe“ zur Haushaltsaufstellung, welche genaue Zusammensetzung, welchen Arbeitsauftrag und welche Zuständigkeiten diese organübergreifende „Arbeitsgruppe“ hat, ob die Staatsregierung vor der Errichtung dieser „Arbeitsgruppe“ mögliche Verfassungskollisionen als Ergebnis von 1. geprüft hat und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, was sind nach ihrer Ansicht die Ursachen dafür, dass bei der Beteiligung bayerischer Kommunen an den vom österreichischen Stromunternehmen Verbund gehaltenen Innwerken lediglich ein Anteil von 3,4 Prozent erreicht wurde, obwohl die Staatsregierung einen Anteil von 30 Prozent angestrebt hat, wer trägt dafür die Verantwortung und was beabsichtigt die Staatsregierung zu unternehmen, um eine tatsächliche und nennenswerte Beteiligung bayerischer Kommunen an den Innkraftwerken durchzusetzen?

Claudia Jung
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist das Ergebnis der Sollkostensatzuntersuchung des Jahres 2004 (§ 45a PBefG), warum wurde dieses nicht veröffentlicht und welche Schlüsse hat sie daraus gezogen?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konsequenzen sie aus der Tatsache zieht, dass der Bescheid der Regierung von Schwaben betreffend der Planfeststellung der Schlackedeponie der Lechstahlwerke in Holzheim vor Gericht aus formalen Gründen keinen Bestand hatte, weil das Gericht der Auffassung war, dass die Begründung für ein erneutes Planfeststellungsverfahren in dem Bescheid nicht den Anforderungen der Sachgerechtigkeit genügt, inwiefern trägt die Staatsregierung nun dem einstimmig gefassten Umweltausschussbeschluss Rechnung, ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen, da der Untergrund hydrologisch äußerst problematisch ist, Grundwasser in die ehemalige Sandgrube einsickert und den Fuß vernässt, die Deponie größer geplant ist, als in dem zehn Jahre alten Planfeststellungsverfahren beantragt, und mittlerweile umweltrechtlich definierte verschärfte Standards gelten?

Annette Karl
(SPD)

Nachdem an der Grundschule in Altenstadt an der Waldnaab im Schuljahr 2010/2011 in der dann dritten Jahrgangsstufe eine Ganztagesklasse gebildet werden soll, frage ich die Staatsregierung, wie dem Elternwillen zur Bildung einer Ganztagesklasse Rechnung getragen werden kann, obwohl die derzeitigen Anmeldezahlen zu einer Klassenmehrung führen würden?

Alexander König
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, kann der zwischen den Bayerischen Staatsforsten und der Firma Klausner geschlossene Rundholzlieferungsvertrag zukünftig vom russischen Investor Ilim Timber genutzt werden, gilt dies auch für die Mengen, welche aus dem Privatwald kommen sollen, und welche strukturellen Veränderungen erwartet die Staatsregierung für die restliche Sägeindustrie

nach dem Einstieg des russischen Investors Ilim Timber bei Klausner und einer etwaigen Wiederinbetriebnahme des Klausner-Standortes Landsberg?

Franz Maget
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die neueste im Auftrag der Bürgerinitiative zur Kontrolle der Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH (GSB) in Ebenhausen von einem unabhängigen Institut ermittelten und am 5. Juli 2010 im Umweltbeirat des Landkreises Pfaffenhofen dargestellten Ergebnisse von Dioxinmessungen im Umfeld der Sondermüllverbrennungsanlage, die nach einem vorübergehenden Rückgang im Jahr 2008 im vorigen und in diesem Jahr wieder eine erhöhte Belastung durch Dioxin ergaben, die zum Teil die Richtwerte für die uneingeschränkte landwirtschaftliche Nutzung deutlich übersteigen?

Prof. Ursula Männle
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist ihre Haltung zum Brief des Präsidenten des Bundesrates vom 26. März 2010 an den Präsidenten des Rats der Europäischen Union bezüglich der Modalitäten des Subsidiaritätsprüfungsverfahrens?

Peter Meyer
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, welche Absichten bestehen für das Landesamt für Finanzen hinsichtlich einer Verlagerung der Bearbeitung und Festsetzung der beamtenrechtlichen Beihilfe von der Dienststelle Bayreuth nach Würzburg, welche Planungen bestehen insoweit für das Personal in Bayreuth und wie ist eine solche Verlagerung nach Würzburg zu verstehen vor dem Hintergrund der beabsichtigten Auslagerung der Beihilfefestsetzung an externe Dienstleister für eine computergestützte Rechnungsprüfung (CRP)?

Alexander Muthmann
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen hat sie hinsichtlich des Würdigungsbeschlusses im Wirtschaftsausschuss vom 28. Januar 2010 zu den Eingaben WI.0081.16 bzw. WI.0082.16 (Glaspakt St. Oswald-Riedlhütte) ergriffen und inwiefern ist die Staatsregierung dem Auftrag des Wirtschaftsausschusses nachgekommen, alles zu unternehmen, um diesbezüglich zu einer Verbesserung zu kommen?

Thomas Mütze
(GRU)

Laut des Berichts aus der Kabinettsitzung vom 7. Juli 2010 hat sich Umweltminister Dr. Markus Söder für einen Erhalt des UNESCO-Titels „Biosphärenreservat“, auch mittels der Umwidmung von bayerischen Staatsforstgebieten ausgesprochen, dazu frage ich die Staatsregierung, welche Waldgebiete der Bayerischen Staatsforsten mit wie viel Hektar jeweils im Biosphärenreservat Rhön für die Ausweisung zur Kernzone zur Diskussion stehen und in welchem Umfang die Umwidmung von kommunalen Flächen in Kernzonengebiet nötig ist?

Christa Naaß
(SPD)

Nachdem im Gesetzentwurf zur Novellierung des Bayerischen Naturschutzgesetzes im Gegensatz zum Bundesgesetz nicht mehr ausdrücklich davon gesprochen wird, dass die Naturparke eine wichtige Rolle für die Regionalentwicklung haben, frage ich die Staatsregierung, ob dadurch der Zugang zu den Fördertöpfen der EU im Bereich der Regionalentwicklung verloren geht und da-

durch unsere bayerischen Naturparke im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern deutlich benachteiligt werden?

Maria Noichl
(SPD)

Da die Gemeinde Frasdorf im Landkreis Rosenheim unmittelbar an der Autobahn A 8 liegt, die an dieser Stelle beidseits über keinen Standstreifen verfügt, frage ich die Staatsregierung, ob sie eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung zur Lärmreduzierung auf 100 km/h in beiden Fahrtrichtungen plant, wenn nein, warum nicht und warum wird nicht zumindest von einer nächtlichen Geschwindigkeitsbegrenzung Gebrauch gemacht?

Mannfred Pointner
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele kommunale Wasserversorgungsbetriebe wurden in Bayern seit 2000 privatisiert, an wie vielen Wasserversorgungsbetrieben von bayerischen Kommunen oder Zweckverbänden wurden private Unternehmen beteiligt und in welchen Gemeinden in Bayern betreiben private Unternehmen die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung?

Markus Reichhart
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, welches Ergebnis hat die Sollkostensatzuntersuchung des Jahres 2009 ergeben (§ 45a PBefG) und wann ist mit der Veröffentlichung zu rechnen und ist angedacht den Sollkostenansatz aufgrund dieser Untersuchung anzupassen?

Maria Scharfenberg
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, was verspricht sie sich von der im vorzunehmenden Vergabeverfahren für den in der Stadt Tirschenreuth geplanten Neubau eines Behördengebäudes für das Amt für Ländliche Entwicklung geplanten Generalunternehmervergabe im Vergleich zu anderen Vergabeverfahren, was sagt sie zum Vorwurf, dass ein solches Vorgehen nicht nur mittelständische Unternehmen benachteiligt, sondern zudem gegen die sogenannte Mittelstandsklausel gem. § 97 Abs. 3 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) verstößt, und wie beurteilt sie die Feststellung des Bundesrechnungshofes, dass eine Generalunternehmervergabe in der Regel zu Mehrkosten für den öffentlichen Auftraggeber führt?

Franz Schindler
(SPD)

Bezugnehmend auf Presseberichte über die Verhandlung gegen einen Intensivstraftäter vor dem Landgericht München und die von dem Angeklagten erhobenen Behauptungen, dass er sich in der Haft in der JVA Stadelheim „ohne Weiteres“ ein Mobiltelefon besorgen konnte und dass er mehrmals mit einem Mitgefangenen Betäubungsmittel in seiner Zelle konsumiert habe, und die Kritik an diesen Zuständen durch die Staatsanwaltschaft und das Gericht (vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 2. Juli 2010), frage ich die Staatsregierung, ob die Behauptungen zutreffen und falls ja, was die Staatsregierung unternimmt, um die Sicherheitslücken in der JVA Stadelheim und möglicherweise auch in anderen JVAs zu schließen?

Tanja Schweiger
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wie wirkt sich eine Kooperationsvertragskündigung vonseiten der Kommune wegen Nichterfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen eines Breitbandanbieters, wie zum Beispiel in der Stadt Abensberg, allgemein auf die Förderung im Rahmen der Breitbandinitiative Bayern aus, welche

konkreten Maßnahmen empfiehlt die Staatsregierung betroffenen Kommunen, um den zügigen Ausbau des Breitbands weiterhin vorantreiben zu können, und welche bayerischen Kooperationen im Rahmen der Breitbandinitiative (Nennung der Kommune und des Anbieters) sind der Staatsregierung bekannt, in denen solche Vertragserfüllungsprobleme auftreten bzw. aufgetreten sind?

Adi Sprinkart
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob für die neue Gemeinschaftsunterkunft in der Heinrich-Wieland-Straße in München bereits eine Baugenehmigung erteilt ist und wann ist mit dem Baubeginn und der Fertigstellung zu rechnen?

Christine Stahl
(GRU)

Nachdem die Länder laut Auskunft des Innenministeriums im Unterschied zur Bundesebene die Begriffe „Sponsoring“ und „Werbung“ bei öffentlichen Aufgaben (siehe auch Antwort auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Stahl vom 21. April 2010 betreffend Zuwendungen Privater an die Obersten Staatsbehörden) getrennt definieren frage ich die Staatsregierung, welche Zuwendungen erhielten danach die Obersten Staatsbehörden des Freistaats Bayern von Unternehmen oder unternehmerisch orientierten Privatpersonen im Zeitraum 2005 bis 2010 jeweils aufgeschlüsselt nach Zuwenderinnen bzw. Zuwendern, Empfängerin und Höhe der Zuwendung für die Verbreitung von Werbebotschaften durch die öffentliche Verwaltung, wobei ausschließlich die Erreichung eigener Kommunikationsziele – Imagegewinn, Verkaufsförderung, Produktinformation – der Unternehmen oder Privatpersonen beabsichtigt und die Förderung der jeweiligen öffentlichen Einrichtung nur Mittel zum Zweck war und nicht im unmittelbaren Interesse der Zuwenderinnen oder des Zuwenders lag?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit homophobe Gewalttaten von Polizei und Staatsanwaltschaft als solche erkannt und statistisch erfasst werden, wie viele Gewaltdelikte oder Übergriffe in den vergangenen fünf Jahren auf Lesben, Schwule und Transgender bekannt geworden sind und wie hoch die tatsächliche Zahl geschätzt wird?

Simone Tolle
(GRU)

Bayerns ehemaliger Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bemüht sich als EU-Beauftragter um den Bürokratieabbau, dazu stehen bis zum 1. Oktober 2011 ein Ministerialdirigent und ein Ministerialrat zur Seite, dazu frage ich die Staatsregierung, ob die Aufgabe bis dahin abgeschlossen ist und ob nach diesem Zeitpunkt nach den Planungen der Staatsregierung noch weitere Gelder für Stellen oder andere Transferleistungen in dieses Projekt fließen sollen und wenn ja, in welcher Höhe?

Hans Joachim Werner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, teilt sie die in Medienberichten („Donaukurier“ vom 9. Juli 2010, Seite 26) wiedergegebene Auffassung, dass eine neue Verkehrsprognose für 2020 so auszulegen ist, dass die zu erwartende niedrigere Belastung der Staatsstraße 2335 die komplette Fertigstellung der planfestgestellten Nordumgehung Gaimersheim überflüssig macht oder könnte das zu erwartende niedrigere Verkehrsaufkommen auf der Staatsstraße

auch dazu führen, dass auf deren beiderseitige Öffnung verzichtet wird, bzw. werden nicht nur deswegen für 2020 niedrigere Werte für die Staatsstraße prognostiziert, weil dann die Nordumgehung Gaimersheim komplett fertig gestellt ist?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2009/2010 die 4. Jahrgangsstufe besucht haben, wechseln mit den Noten 4/4 im Probeunterricht zum September 2010 bayernweit – aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Schulämtern bzw. Dienststellen der Ministerialbeauftragten – in die Realschule und in das Gymnasium?